

76

**Beschluss(Resolutions-)antrag**

der ÖVP-Gemeinderätinnen Mag. Caroline HUNGERLÄNDER und Sabine SCHWARZ, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.06.2019 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

**betreffend StartWien**

Das Gegenteil von gut ist oft gut gemeint. Das könnte auch für die Maßnahmen der Stadt Wien für die Integration von Zuwanderern gelten. Seit 2008 bietet die Stadt Wien mit dem Programm „StartWien“ auf freiwilliger Basis verschiedene Beratungs- und Serviceleistungen für Zugewanderte an. Dazu gehört zum Beispiel der Bildungspass, mit dem die Teilnahme an diversen Infomodulen zu Themen wie Zusammenleben oder Gesundheit bestätigt wird. Pro absolviertem Modul wird ein 50- oder 100-Euro-Gutschein für einen Deutschkurs gültig, maximal bekommt man drei.

Was jedoch auffällt: Seit 2008 haben gerade einmal 23.000 rechtmäßig in Österreich niedergelassene Drittstaatsangehörige einen Bildungspass bekommen. Hinzu kommen 4550 EWR-Bürger im Zeitraum zwischen 2011 und 2017. Angesichts der enorm hohen Zuwanderungsrate darf die Zahl als niedrig erachtet werden.

Ganz anders ist die Situation bei den Kursen des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF), die seit 2017 verpflichtend sind. Gleich im Einführungsjahr kam es fast zu einer Verdoppelung der Teilnehmer (41.000), im Jahr darauf kletterte die Zahl noch einmal auf 57.000.

Hinzu kommt, dass ein vollständiger Überblick über die Kosten des Programms fehlt. Diesbezügliche schriftliche Anfragen ließen mehr Fragen offen als beantwortet wurden.

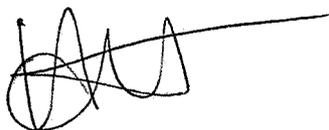
Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

**Beschlussantrag:**

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für volle Transparenz hinsichtlich des Programms „StartWien“ aus. Dem zuständigen Ausschuss wird einmal jährlich eine Gesamtaufstellung zur Verfügung gestellt.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 25.06.2019




MAGIS FRATSDIREKTION DER STADT WIEN
Eing.: 25. JUNI 2019
PGL-557852-2019-KVP/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat